› *Fortsetzung von Seite 11*

hindert über die Grenze. Als nach einigem Zögern die ukrainische Armee vorrückt gegen die Separatisten, feuern die Moskauer Staatsmedien aus allen Rohren, brandmarken einen angeblichen Genozid. Russland, das zeitweise eine Streitmacht aus Zehntausenden Soldaten an der Grenze versammelt, schlüpft in einer Art Partisanenkrieg in eine unerwartete Rolle: Indem seine Soldaten sich unter Rebellen mischen, täuschen sie die Rolle des Schwächeren vor.

Die Realität folgt dem Lehrbuch. „Die Massenproteste schlagen in gewalttätige Unruhen um", fährt der Analytiker aus Tallinn mit seinem Horrorszenario für Estland und Lettland fort. In den Hauptstädten ebenso wie in den russisch geprägten Gebieten Ida-Viru in Estland und Lettgallen in Lettland würden Demonstranten erschossen, beschuldigt würden Heckenschützen der Polizei. „Es dauert nicht lange, bis Selbstverteidigungsgruppen mit Männern in Tarnfleckuniform ohne Abzeichen in den von der russischen Minderheit dominierten Gegenden auftauchen. Wichtige Verwaltungsgebäude werden besetzt." Zeitgleich legten Cyberangriffe Banken und Regierungsnetzwerke lahm – so einen Angriff auf Estland hat es 2007 tatsächlich gegeben. Die „grünen Männchen" landeten, geht es weiter im Text. Estlands und Lettlands Regierungen würden sich in dramatischen Appellen an die Nato wenden.

Shape ist die Abkürzung für „Supreme Headquarters Allied Powers Europe". Das „Hauptquartier der alliierten Mächte Europas" ist so etwas wie eine Stadt. Die Straßen sind nach den Hauptstädten der Nato-Länder benannt, „Pizza Bowl" wirbt mit zwölf Bowlingbahnen um Kundschaft, im Schnellimbiss „Rendez vous" machen Halbwüchsige ihre Hausaufgaben.

Nicht in Brüssel, sondern hier, eine gute Autostunde vom politischen Hauptquartier entfernt, befindet sich das militärische Zentrum der Nato.

Hinter den graubraunen Mauern scheint die Zeit langsamer zu vergehen; Möbel und Linoleum stammen noch aus dem Kalten Krieg. „Sie betreten nun einen Klasse-Eins-Sicherheitsbereich. Keine Mobiltelefone in diesem Bereich", warnt das Schild auf einer Stahltür, die zum Reich von Brigadegeneral Nico Tak führt.

Dahinter ist alles anders. In modernen, fast schicken Großraumbüros laufen auf großen Bildschirmen Nachrichtenkanäle. Es sieht aus wie in einer Redaktion.

Tak, ein hochgewachsener Holländer, serviert Spekulatius, die seine Frau gebacken hat. Er leitet das erst 2012 geschaffene Zentrum für übergreifendes Krisen- und Operationsmanagement der Nato. Zu oft sei die Allianz von brisanten Entwicklungen kalt erwischt worden, sagt Tak. In Georgien 2008 sei das so gewesen und in Libyen 2011 ebenso. In Taks Truppe soll es deshalb, nun ja, weniger militärisch zugehen. „Wir denken hier nach, ohne politische Vorgaben, und haben fast so etwas wie akademische Freiheit", versichert er.

Militärs, Geheimdienstleute und Wissenschaftler würden zu einem menschlichen Frühwarnsystem zusammengespannt. Schon im Oktober 2013, Monate vor den Massendemos in Kiew, habe man so die Ukraine als potenziellen Unruheherd lokalisiert. Durch die richtige Mischung aus zivilen Analytikern und Experten der Nachrichtendienste sei seine Abteilung besonders gut auf Szenarien der hybriden Kriegsführung vorbereitet, sagt Tak.

Nur die Welt da draußen, so nimmt der Brigadegeneral an, ist es nicht unbedingt. „Es ist wichtig, dass die Nicht-Militärs verstehen, was wir meinen, wenn wir von hybrider Kriegsführung sprechen", sagt er, „es geht darum, die Grenzen zu verwischen zwischen Krieg und Frieden. Die Russen machen das ganz absichtlich. Sie nutzen wirtschaftliche Faktoren, schaffen asymmetrischen Druck, kreieren neue Realitäten." Was Tak da beschreibt, ist für die Nato ein Problem. Vielleicht ihr größtes.

Wenn die Grenzen verwischen – wo beginnt dann der Bündnisfall?

„Nato und EU lehnen ein Eingreifen ab und fordern einen politischen Prozess", geht es im Szenario von Tallinn weiter. Die Frage, ob auf der westlichen Partner wirklich Verlass ist, treibt die sicherheitspolitische Gemeinschaft in den baltischen Ländern tatsächlich um. Tak wäre kein Nato-Mann, würde er nicht die absolute Verteidigungsbereitschaft der Allianz versichern. Wie schwer es künftig fallen könnte, eine rote Linie zu ziehen, gibt er allerdings zu. „Das ist definitiv ein Thema", sagt er, „darüber müssen wir einen Dialog führen."

Das „Cyber Security Operations Centre" hinter einer der anderen Stahltüren im Shape-Gebäude dürfen Besucher nur selten betreten, und dann auch nur ohne jegliches technisches Gerät. Ein Raum, kaum größer als 40 Quadratmeter. Etwa 20 Männer sitzen an ihren Arbeitsplätzen, ein paar tragen karierte Hemden, nur drei Uniform.

An der Stirnseite des Raumes hängen zwei große Bildschirme. Abkürzung reiht sich da an Abkürzung. Wer sie lesen kann, weiß, was los ist im gesamten Nato-Netzwerk. Aus dem „HQ Kabul" wird gerade eine Verletzung der Sicherheitsrichtlinien gemeldet. 250 bis 300 Mal im Monat gebe es Zwischenfälle im Nato-Netz, die menschliches Eingreifen erforderten, erläutert Ian West, der Cyber-Sicherheitschef der Allianz. „In der Cyberwelt herrscht nie Frieden. Es ist immer etwas im Gange, jede Minute, jeden Tag."

Der Brite Ian West ist nach der Pensionierung von der Royal Air Force 2004 zur Nato gekommen und hat jene Abteilung mit mittlerweile etwa 200 Experten aufgebaut, die die Nato im Netz verteidigen soll – gegen Virusattacken ebenso wie gegen Spionage oder das Treiben der „Hacktivists". Im Regal lacht eine Anonymus-Maske, britischer Humor. In seiner Freizeit gräbt West auf historischen Schlachtfeldern nach alter Munition. Auf dem Tisch in seinem kleinen, fensterlosen Büro liegt eine Kanonenkugel. „Diese ist aus Waterloo. Sechs Pfund schwer, entweder preußisch oder französisch."

Kugeln, deren Herkunft sich nicht mit Sicherheit bestimmen lassen, sind Wests Schicksal. In seinem Fall ist es virtuelle Munition, sozusagen. „Wenn wir einen Angriff nach Brasilien zurückverfolgen, heißt das noch lange nicht, dass die Brasilianer das Nato-Netzwerk angreifen. Es heißt nur, dass jemand ihre Systeme dafür nutzt."

Mehrere Länder stehen im Verdacht, Cyberarmeen zu unterhalten. 6000 Mann stark soll die nordkoreanische sein. Ins Gerede gekommen ist sie zuletzt wegen Attacken auf Sony Pictures, bevor der Konzern „The Interview" in die Kinos bringen wollte. Der Film handelt von einem Attentat auf Diktator Kim Jong Un, was den Machthabern in Nordkorea nicht gefallen hat. Die National Security Agency (NSA) soll Cyberangriffe auf Sony ziemlich sicher nach Pjöngjang zurückverfolgt haben.

West ist da vorsichtig. Forensik sei im Cyberspace ein äußerst schwieriges Geschäft, wirkliche Sicherheit gebe es nie, sagt er. „Wir legen deshalb Wert darauf, nicht mit dem Finger auf jemanden zu zeigen." Genau diese Unsicherheit, wo ein Angriff wirklich herkommt, mache die Datennetze im hybriden Krieg zum „ultimativen Schlachtfeld".

Zurück in Tallinn. In einer früheren Kaserne aus der Zarenzeit hat sich das Nato-Exzellenzzentrum für Cyberverteidigung eingerichtet. Dort laufen die Vorbereitungen für die Übung Lockshield. Einmal im Jahr findet sie statt, das nächste Mal im kommenden April. „Es geht darum, wie Computernetzwerke im Fall eines großen Cyberangriffs geschützt werden können", sagt Artur Suzik, der Chef des Zentrums.

Den Angriff simuliert ein rotes Team, zu dem auch Freiwillige aus der estnischen Privatwirtschaft gehören. „Diese Leute", erläutert Suzik, „können die Streitkräfte nicht bezahlen, sie sind sehr teuer. Aber sie wollen ihr Cyberwehr beitragen." Für die Verteidigung sind während der Übung die blauen Teams aus verschiedenen Nato-Ländern zuständig. Uniformierte sind während dieses Manövers keine zu sehen. Die Teilnehmer sitzen vor Bildschirmen und tragen T-Shirts in den Farben ihrer Teams. Ziel der Verteidiger ist es, einem Angriff standzuhalten, ohne den Stecker zu ziehen. Die wichtigsten Systeme sollen am Laufen gehalten werden. Ein gelbes Team ist zuständig für die Lagebeschreibung.

„In einer konventionellen Übung will der Kommandeur sehen, wo die Truppen stehen. Wo sind meine Flugzeuge? Wo sind meine Panzer? Wo sind meine Einheiten?", sagt Suzik. In der Cyberwelt sei es sehr viel schwieriger, dieses Lagebild zu erstellen.

Es fällt überhaupt schwer, sich den Cyberkrieg als richtigen Krieg vorzustellen. Im von 14 Nato- und Partnerstaaten unterhaltenen Zentrum in Tallinn tun sie es. „Wir haben die akademische Freiheit, Dinge zu beleuchten, die nicht von der geltenden Nato-Politik gedeckt sind", erläutert Suzik. Als wissenschaftliche Einrichtung ist das Zentrum nicht eingegliedert in die Nato-Kommandostrukturen.

Suzik gibt ein Beispiel. Die Nato sei ein reines Verteidigungsbündnis, auch in der digitalen Welt. „Die Aufgabe der Nato im Cyberspace ist es, Nato-Netzwerke zu verteidigen. Punkt." Das aber, sagt Suzik und verweist noch einmal auf die akademische Freiheit, führe zu einem Problem, denn bloße Verteidigung im Netz sei schwierig. „Eine Streitmacht, die konventionell angreifen will, muss dreimal so groß sein wie die des Verteidigers. Nicht so in der digitalen Welt: Der Angreifer ist immer im Vorteil. Er muss nur einen wunden Punkt kennen, den andere nicht kennen."

Suziks Zentrum arbeitet gerade an einer Studie, die der Frage nachgeht, ob man es bei Verteidigung belassen oder nach einem Angriff auch die Verfolgung aufnehmen soll. Eine der Fragen lautet: „Sollen wir die Server schließen, von denen Angriffe herkommen? Das wäre nicht von Nato-Politik gedeckt." Entstanden ist in Suziks Zentrum auch das „Tallin-Handbuch", ein Entwurf für eine Art Cyber-Kriegsvölkerrecht. „Söldner in einer Cyber-Operation genießen keine Immunität als Kombattanten und keinen Status als Kriegsgefangene", postuliert Regel 28. Regel 30 definiert Cyberangriffe als Handlungen, die Menschen verletzen oder töten sowie Zerstörung anrichten können.

Nato-Politik ist bislang nichts davon. Eine fertige Strategie für den Cyber-Krieg gibt es bislang ebenso wenig wie gegen die hybride Gefahr. Beim Nato-Gipfel 2014 haben die Staats- und Regierungschefs Pläne angenahmt, „um effektiv Abschreckungsmaßnahmen gegen Hybridkriege" ergreifen zu können. Das ist noch sehr vage, läuft aber auf eine Verteidigung hinaus, in der die Grenzen zwischen dem Militär und dem Zivilen so verwischen wie bei dem befürchteten Angriff. Alle Instrumente der Regierung müssten gebündelt „und für die hybride und irreguläre Kriegsführung optimiert" werden – diplomatische, mediale, ökonomische, finanzielle wie auch militärische, steht in einem neuen Weißbuch des US-Kommandos für Spezialoperationen. Gefordert wird die Berufung eines Koordinators für „politische Kriegsführung" im Nationalen Sicherheitsrat und eine koordinierende Stelle im Außenministerium.

Beschlossen hat die Nato erst einmal einen Aktionsplan, der mehr Präsenz im Osten vorsieht und der dafür sorgen soll, dass eine „superschnelle Eingreiftruppe" mit mehreren Tausend Soldaten rasch, im Idealfall binnen zweier Tage, vom Nato-Kommandeur für Europa zum Schauplatz eines Konflikts verlegt werden kann. Der Plan ist nicht unumstritten, weil kostspielig. Anfang Februar wollen die Verteidigungsminister Details festlegen.

Auf dem Stützpunkt in Tapa sitzt Leutnant Pauline Nettan in einer kleinen Kaffeeküche und versucht, die Sache von der praktischen Seite her zu sehen. Sie ist 24 Jahre alt und Ausbilderin im Grundkurs. Der Krieg in der Ukraine sei schlimm, sagt sie, aber für sie und ihre Rekruten eben auch lehrreich. „Wir leben im Frieden, können aber von der Erfahrung anderer lernen. Das arbeiten wir ein." FOTO: BRÖSSLER

„Shape" heißt abgekürzt das militärische Zentrum der Nato. Hinter dem unscheinbaren Eingang (rechtes Foto) überwachen die Experten des Bündnisses in der Abteilung für Cybersicherheit (linkes Bild), was los ist im Nato-Netzwerk. „In der Cyberwelt herrscht nie Frieden", sagt der Sicherheitschef. Für den realen Ernstfall werden aber noch Uniform- statt Anzugträger gebraucht, etwa die Soldaten der Operation Atlantic Revolve (unten). FOTOS: EDOUARD BOCQUET/NATO (L), SPLASH NEWS

Offen agierten russische Soldaten im April 2014 bei einem Manöver in Wolgograd (Bild oben). Auf der Krim hingegen schauten Zivilisten (in Sewastopol,unten) eher fragend: Wer gehört zu wem? Nicht eindeutige Uniformen machten die Lagebeurteilung auch für den Westen schwierig. Handelte es sich noch um einen Aufstand oder schon um eine Invasion? FOTO: ANDREY KRONBERG/AFP (O), RIA NOVOSTI/DDP IMAGES

Der Ukraine-Konflikt als Anschauungsunterricht – die junge Ausbilderin Pauline Nettan sagt: „Wir leben im Frieden, können aber von der Erfahrung anderer lernen. Das arbeiten wir ein." FOTO: BRÖSSLER

Jetzt auch online

Die USA sind schon lange geübt in den Mischformen des Krieges

VON NICOLAS RICHTER

An einer der vielen Fronten im Kalten Krieg tauchte in den 1960er-Jahren ein unwahrscheinlicher Akteur auf: Ein Volk von Ureinwohnern, das im Hochland Vietnams lebte. Die französischen Kolonialherren hatten den Stamm „Montagnards" genannt, Menschen vom Berg. Die Vietnamesen im Tal hielten sie für Wilde, manche sagten, die Montagnards hätten Schwänze, wie Affen.

Dieses vermeintlich primitive Volk aber diente dann als Verbündeter einer Weltmacht – den USA. Deren Spezialeinheiten bildeten die Bergbewohner zu einer mobilen Rebellentruppe aus, um in den Wäldern an der Grenze zu Kambodscha und Laos die Nachschubwege der Nordvietnamesen abzuschneiden. Die USA also setzten im Krieg gegen den kommunistischen Norden nicht nur auf gewöhnliche Streitkräfte, sondern auch auf eine Guerilla. Der Feind tat dasselbe: An der Seite der nordvietnamesischen Armee kämpften die Vietcong-Rebellen.

Wenn die Nato nun also Russland vorwirft, in der Ukraine einen neuartigen „Hybridkrieg" mit konventionellen Soldaten und sympathisierenden Rebellen zu führen, so ist das insofern irreführend, als man im Westen selbst schon mit bewaffneten Konflikten in allen Mischformen experimentiert hat. Besonders im Kalten Krieg waren die USA geübt darin, unliebsame Regime zu beseitigen oder zu sabotieren, und sie mischten dabei alle möglichen Formen unterschwelliger bis offener Gewalt, von der politischen Intrige, der Korruption und dem Mordkomplott bis hin zum Einsatz paramilitärischer und militärischer Mittel.

Wie die Zeitschrift *Foreign Affairs* jüngst rekonstruiert hat, vollzog die CIA in den 1960er-Jahren die größte Geheimoperation ihrer Geschichte, um im Kongo den gewählten Regierungschef Patrice Lumumba zu stürzen, ermorden zu lassen und ein prowestliches Militär aufzurüsten, das korrupt und inkompetent war. Das folgende Chaos quält das afrikanische Land bis heute.

Der Klassiker im Machtkampf mit feindlichen Regimen war es, deren Feinde mit Geld und Waffen auszustatten. So finanzierten die USA die Contra-Rebellen in Nicaragua und die Mudschaheddin in Afghanistan. Als sich afghanische „Freiheitskämpfer" in Gestalt der Taliban dann gegen die USA wendeten, vertrieb Washington sie wiederum per Hybridkrieg: Einerseits setzten die USA ihre Luftwaffe ein, andererseits rüsteten sie Rebellen der Nordallianz für die Bodenoffensive aus.

In keinem anderen Land aber dürften die USA so viele Mittel (mit so wenig Erfolg) ausprobiert haben wie im Irak. Einst lieferten sie dem Diktator Saddam Hussein Chemiewaffen, um den benachbarten Iran zu schwächen. Dann vertrieben sie Hussein mit ihren eigenen Streitkräften, 1991 aus Kuwait, 2003 von der Macht. Es folgte ein Aufstand der Sunniten, den die USA zum einen mit der Armee erstickten, zum anderen, indem sie mit viel Geld sunnitische Wortführer und sogar feindliche Kämpfer auf ihre Seite zogen.

Die Grenze zwischen Aufstandsbekämpfung und Hybridkrieg war oft fließend. Das ist in der Region so geblieben: Im Kampf gegen die Terrormilizen des „Islamischen Staates" setzen die USA zum einen ihre Luftwaffe ein, zum anderen „beraten" sie irakische Soldaten, kurdische Peschmerga und syrische Rebellen für den Bodenkampf, wobei „beraten" bedeutet, sie auszubilden, auszurüsten, zu bezahlen und zu steuern.

Der größte Unterschied zwischen alten und neuen Hybridkriegen ist es, dass die neuen um eine Waffe reicher sind – die der Cyberangriffe. Die USA haben mit einem Computerwurm bereits Irans Atomanlagen sabotiert und sie forschen längst die Netzwerke Nordkoreas, Chinas (und Europas) aus. China wiederum soll über das Internet in das Pentagon und in US-Rüstungskonzerne eindringen. Ob Cyberkriege konventionelle Kriege vermeiden, sie auslösen oder ergänzen, ist eine der großen Fragen des 21. Jahrhunderts.

„Dann müsste man den Dritten Weltkrieg beginnen"

Der russische Militärexperte Jewgenij Buschinskij beschreibt ein apokalyptisches Szenario für den Fall, dass der Ukraine-Konflikt eskaliert

INTERVIEW: JULIAN HANS

SZ: Nach dem Ende des Kalten Krieges wurde in der Nato-Russland-Grundakte vereinbart, dass sich beide Seiten nicht mehr als Gegner betrachten. Unter dem Eindruck des Konflikts um die Ukraine haben die Nato-Staaten in Wales eine schnelle Eingreiftruppe für Osteuropa beschlossen. In der neuen Militärdoktrin Russlands ist von einer Bedrohung durch die Nato die Rede. Wie sieht Russland die Sicherheit Europas?

Jewgenij Buschinskij: In der neuen Doktrin, die Präsident Putin im Dezember unterzeichnet hat, steht nichts von einer Bedrohung durch die Nato als Organisation. Nur die Erweiterung der Nato und das Handeln der Nato werden als Bedrohung eingestuft. Was ist denn das nordatlantische Bündnis? Von 28 Mitgliedern sind doch 20 nur Nutznießer der Sicherheit. Die Raketenabwehr etwa ist zu 99 Prozent amerikanisch. Die Nato, das sind die Vereinigten Staaten.

Erstmals ist von einer neuen Bedrohung im Innern die Rede. Es werde mit „Informationen vor allem auf junge Bürger eingewirkt", mit dem Ziel, die „historischen, geistlichen und patriotischen Traditionen bei der Verteidigung des Vaterlands" zu zerstören. Fürchtet die russische Führung einen Maidan?

Die russische Opposition ist ein Mythos. Die unterstützen vielleicht 0,2 Prozent der Bevölkerung. Die Gefahr einer Instabilität gab es vielleicht vor zehn Jahren wegen des Krieges in Tschetschenien. Heute gibt es sie entgegen allen Hoffnungen von Barack Obama nicht.

Sie glauben, dass Amerika einen Sturz des russischen Präsidenten plant?

Ich denke, es stimmt: Die USA wollen Putin stürzen.

Alle Diplomatie und alle Sanktionen in den vergangenen zwölf Monaten zielten doch darauf, Putin einen Preis für sein Vorgehen in der Ukraine aufzuzeigen und ihn zum Einlenken zu bewegen.

Das Gerede davon, dass Amerika eine Änderung der russischen Politik erreichen will, ist Quatsch. Jemanden wie Putin kann man nicht umstimmen. Das kann man seit Beginn seiner Präsidentschaft beobachten: Selbst wenn jemand ganz offensichtlich entlassen werden müsste, lässt er sich nicht unter Druck setzen. Er wartet, bis sich alles beruhigt hat, und räumt denjenigen dann still beiseite. So war es seine eigene Entscheidung. Dass das russische Volk sich gegen den Kreml erhebt, und Putin dann sagt, „tut mir leid, Obama", das ist eine Illusion.

Wer im Westen soll so blauäugig sein zu glauben, nach einem Sturz Putins würde alles besser?

Der Konflikt hat nicht erst mit der Ukraine begonnen, sondern mit Edward Snowden, der Asyl in Russland bekommen hat. Barack Obama ist deswegen schwer beleidigt. Wenn die Beziehungen zwischen den Präsidenten normal gewesen wären, hätte man die Ukraine-Frage regeln können. Aber sie sind nicht normal. Obama will mit dem Kopf durch die Wand. Und die Beziehungen zum Westen, in erster Linie zu den Vereinigten Staaten, sind auf Jahre verdorben, wenn nicht auf Jahrzehnte.

Wie konnte aus dem Streit um ein Assoziationsabkommen zwischen der Europäischen Union und der Ukraine eine Konfrontation zwischen Russland und den USA werden?

Europa ist nicht standhaft genug, es lässt sich von Washington unter Druck setzen.

Europäische Politiker haben viele Versuche unternommen, Moskau die Hand zu reichen. Erst letzte Woche hat der deutsche Wirtschaftsminister Sigmar Gabriel eine Freihandelszone zwischen der EU und Russland angeboten. Aus Moskau gab es darauf keine Reaktion. Warum nicht?

Das ist ja alles schön und gut. Aber darum geht es nicht. Es geht darum, den Krieg zu beenden. Die Europäer und die Regierung in Kiew sollten endlich das Gerede davon aufgeben, dass die Ukraine ein souveräner Staat ist und die Ukrainer ein stolzes Volk sind, das selbst über sein Schicksal entscheidet.

Die Ukraine ist kein souveräner Staat?

Doch. Aber das darf keine Entschuldigung dafür sein, dass man keinen Einfluss auf die Regierung nimmt. Man muss sie zwingen, sich mit den Jungs aus dem Donbass an einen Tisch zu setzen und zu verhandeln.

Das wäre aus Ihrer Sicht ein Ausweg aus der Konfrontation?

Vor einem halben Jahr sah es noch so aus, als könnte Kiew die Aufständischen besiegen. Putin hat sich lange nicht klar geäußert, wie er zum Donbass steht. Aber in letzter Zeit hat er deutlich gemacht: Russland lässt eine Vernichtung der Bevölkerung im Donbass nicht zu. Das heißt: Wenn eine Niederlage droht, wird Russland sich richtig einmischen. Und dann muss es Kiew einnehmen, grob gesagt. Dann ist die Nato in einer schwierigen Lage. Dann müsste man den Dritten Weltkrieg beginnen, das kann keiner wollen.

Sehen Sie das als reale Gefahr?

Aus militärischer Sicht gibt es keine Gefahr eines großen Krieges mit Europa. Wer soll da Krieg führen? Etwa Russland mit Deutschland? Oder mit Frankreich? Wenn es Krieg geben wird, dann mit den Vereinigten Staaten. Damit ist das ein Dritter Weltkrieg, ein Krieg um totale Vernichtung. Danach werden die Menschen wieder mit Keulen durch die Steppe laufen, wenn überhaupt noch welche überleben. Statt dauernd das Mantra zu wiederholen, dass Russland seine Truppen abziehen muss, sollte Merkel Druck auf Kiew ausüben.

Außenminister Sergej Lawrow betont immer wieder die Bedeutung des Minsker Abkommens. Ein zentraler Punkt darin ist die Schließung der Grenze, damit nicht weiter Kämpfer und Waffen aus Russland in die Ostukraine kommen. Warum erfüllt Russland diesen Punkt nicht?

Wie sollen wir 2000 km Grenze kontrollieren? Über weite Strecken gibt es da gar keine richtige Grenze.

So ist es im Abkommen vereinbart. Wollen Sie sagen, dass das mächtige Russland, seine mächtige Armee und seine Grenzschützer nicht in der Lage sind, die eigene Landesgrenze zu sichern?

Versteht ihr Europäer das denn nicht? Wenn die Grenze geschlossen wird, bedeutet das die physische Vernichtung eines bedeutenden Teils der Bevölkerung im Donbass. Poroschenko sagt: „Macht die Grenze dicht, und ich löse das Problem in zwei Wochen." Das kann Putin nicht zulassen.

Einige sagen, die Situation heute sei gefährlicher als zu Zeiten des Kalten Krieges.

Im Kalten Krieg betrachteten die USA die Sowjetunion als gleichwertigen Gegner und einen Krieg mit ihr als Krieg zur vollständigen Vernichtung. Heute ist Washington der Ansicht, Russland sei ihnen nicht ebenbürtig. Man kann ihm wirtschaftlich die Luft abdrehen, und natürlich übersteigt auch das militärische Potenzial das Russlands bei Weitem.

Das einzige Gebiet, auf dem Russland gleich stark ist wie die USA, sind die Atomwaffen.

Genau darin liegt die Gefahr. Wenn es so weitergeht, führt der Konflikt in einen offenen Krieg Russlands mit der Ukraine. Die USA werden nicht zulassen, dass Russland die Ukraine okkupiert, also treten sie in den Krieg ein. Sie können sich vorstellen, wohin das führt. Das sind apokalyptische Szenarien. Mir scheint, die Europäer unterschätzen diese Gefahr.

Jewgenij Buschinskij

Der russische General-Leutnant der Reserve vertrat Moskau als Militärdiplomat von 1992 bis 2009 bei Abrüstungsverhandlungen wie etwa den „Start"-Gesprächen mit den USA. Heute arbeitet der 64-jährige Offizier für einen Rüstungskonzern und im PIR-Center, einem sicherheitspolitischen Think-Tank. Der brachiale militaristische Tonfall Buschinskijs, der die Regierung und den Generalstab seines Landes berät, ist heute weitverbreitet im nachsowjetischen Russland. FOTO: SERGEI KARPUKHIN/REUTERS

Warum arbeitet sich Russland so an den USA ab? Wäre es nicht hilfreicher, die eigene Infrastruktur in Ordnung zu bringen, die Gesundheitsversorgung zu verbessern und anstelle der alten Rivalität mit Amerika eher auf den starken Nachbarn im Osten zu schauen?

Wohlstand ist für uns nicht das Wichtigste. Russland hat eine Tradition, den Gürtel enger zu schnallen und zu kämpfen. Dann heißt es wie im bekannten Lied aus dem Großen Vaterländischen Krieg: „Steh auf, du Riesenland!" Ich war immer der Meinung, in der kommenden großen Konfrontation mit China werde Russland an der Seite Europas und der USA stehen. Ich habe meine Meinung geändert.

Ist das klug, sich zum Juniorpartner Chinas zu machen? Europa war immer wichtigster Absatzmarkt für russische Energie und wichtigster Partner für die Modernisierung der Industrie.

Wissen Sie, ich arbeite für ein russisches Rüstungsunternehmen. Wegen der Sanktionen bekommen wir einige Maschinen nicht mehr. Die kaufen wir jetzt eben in Asien. Und ihre *Mistrals* können die Franzosen übrigens gern behalten, die brauchen wir gar nicht. Gebt uns lieber das Geld zurück.

In der Nato fürchten einige, sie könnten für schnelle Operationen von der Küste aus eingesetzt werden. Zum Beispiel im Schwarzen Meer oder im Baltikum?

Das haben wir nach dem Krieg mit Georgien 2008 auch gedacht, deshalb wurden sie bestellt. Aber wir waren in Georgien auch innerhalb von Tagen fast in Tiflis. Die Georgier sind vor uns weggelaufen. Und mit dem Baltikum hat Russland eine Landgrenze.

Woran ist Ihrer Ansicht nach die Sowjetunion zusammengebrochen? Nicht wegen der teuren Überrüstung?

Doch, natürlich. Vieles war wirklich überflüssig. Man braucht kein Drei-Millionen-Heer. Aber wir haben daraus gelernt.